



## ENTWURF

Offener Brief  
der SPD-Bundeskandidatinnen und Bundestagskandidaten  
an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Per E-Mail

Deutschland am 18. Juni 2009

### Dringende Bitte an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind die Zukunft der Partei, denn wir kandidieren für die SPD bei der Bundestagswahl am 27. September 2009. Noch ist keiner von uns Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Doch alle von uns kämpfen in ihrem Wahlkreis engagiert um Stimmen für sich und die SPD, selbst wenn viele von uns wissen, dass sie nur geringe Chancen haben, dem 17. Deutschen Bundestag anzugehören.

Wir gehören den unterschiedlichsten Strömungen und Arbeitsgemeinschaften unserer großartigen Partei an. Wir alle machen bereits Politik vor Ort, im Land und im Bund. So, wie wir dabei in vielen politischen Fragen höchst unterschiedlicher Auffassung sind und uns darüber mit dem politischen Gegner, aber auch untereinander trefflich streiten können, so sind wir doch alles engagierte und überzeugte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und werden es auch bleiben.

Es ist nicht selbstverständlich, dass wir uns bei einem Thema alle einig sind und heute gemeinsam an Euch appellieren:

**Wir bitten Euch dringend, dem „Zugangerschwerungsgesetz“ (vormals BT-Drucksache 16/12850, 16/13125) - auch in seiner neuen Fassung - in der heutigen Sitzung des Bundestages nicht zuzustimmen. Denn wir alle sind der festen Überzeugung: Dieses Gesetz darf nicht mit den Stimmen der SPD verabschiedet werden!**

Vielleicht ist es einfach nur eine völlig unterschiedliche Wahrnehmung der Realitäten oder tatsächlich bereits der Beginn eines neuen Generationenkonfliktes: Aber wir sind uns sicher, dass Ihr mit dem Eintreten für ein wirkungsloses Gesetz, das nicht grundlos Zensurängste schürt, selbst unsere treuesten Fürsprecher in der digitalen Welt nachhaltig vergrätzt und wir die Deutungshoheit im wichtigsten Massenmedium unserer Zeit, dem Internet, an Andere verlieren werden. Dieses wird nicht ohne negative Folgen für den (Online-) Wahlkampf bleiben,

denn heute werden Wahlen zwar (noch) nicht im Internet gewonnen, aber wohl bereits dort verloren.

Mit einer Zustimmung zu diesem Kompromiss kann die SPD dagegen nicht punkten: Denn die CDU/CSU-Fraktion reklamiert die erreichten Verbesserungen bei den Details des Gesetzes geschickt für sich und die Bundesfamilienministerin bestätigt ihrer Klientel ihren Glauben an „Super-Uschi“, völlig unabhängig vom Ausgang der heutigen Abstimmung.

Wer dagegen heute aus der SPD für diesen Gesetzentwurf stimmt, entscheidet sich gegen seine Online-Gefolgschaft. Selbst dann, wenn Eure Zustimmung aus der Sorge heraus geschieht, nicht als Fürsprecher für strafbare Inhalte verunglimpft werden zu wollen, so tauscht ihr damit die begrenzte Gefahr einer negativen BILD-Schlagzeile mit der unbegrenzten Gefahr des Verlustes der Glaubwürdigkeit bei einer ganzen Generation. Denn, anders als bei anderen schwierigen Entscheidungen, die der Agenda 2010, lassen sich für uns, die wir uns selbst der „Generation Online“ zugehörig fühlen, keine überzeugenden Argumente finden, warum sich die SPD in dieses Gesetz so verbissen hat, dass man glaubt, das eigene Bauchgefühl und die Stimme von über 130.000 Unterzeichnern einer Petition gegen das Gesetz einfach ignorieren zu können. Und auch nicht, warum die einhellige Kritik der Experten, die auch die neuen Fassung des Gesetzentwurfes nicht beseitigen kann, schlichtweg ignoriert werden soll.

Wir bitten Euch daher, dass Ihr heute das Selbstbewusstsein aufbringt und Euch mutig auf die Kritik an diesem Gesetz einlasst. Lasst sie in eine Entscheidung mit Sinn und Verstand einfließen und verabschiedet dieses Gesetz heute nicht! Denn der durch eine Ablehnung mögliche politische Gesichtverlustr gegenüber dem Koalitionspartner ist wesentlich geringer zu bewerten, als die Gefahr, die der SPD durch die Zustimmung droht.

Auch wenn die Aufregung im Netz um „Zensursula“ Euch unverständlich und überhöht erscheinen sollte, so glaubt uns bitte zumindest, dass wir vielleicht besser einschätzen können, wie gut digitale Netze für die Organisation von Aktionen nutzbar sind, die uns in den kommenden Wochen erheblich schaden können. Und wie groß der Verlust an Glaubwürdigkeit gerade bei Erst- und Jungwählern ist, wenn Ihr Euch in dieser Frage nicht im Zweifel doch noch klar als Verteidigerin unseres ersten Grundwertes, der Freiheit, erweist und mit „Nein“ stimmt.

Denn selbst, wenn am Donnerstag der Online-Protest nicht in den Reichstag dringt: Wir erleben einen derart emotionalen Protest, dass wir glauben, auch noch in letzter Sekunde an Euch diesen Appell richten zu müssen. Vor allem wir Jüngeren werden es sein, die die Folgen einer falschen Zustimmung noch lange aushalten müssen. Denn im Internet „versendet“ sich nichts, weil das Netz nicht vergisst.

Wir haben letzten Sonntag nicht die Chance bekommen, in der SPD gemeinsam über Eure heutige Entscheidung diskutieren und entscheiden zu können. Daher bleibt uns nur der Weg dieses Appells an Eure Solidarität: Helft Euch und uns und verweigert diesem Gesetz heute Eure Zustimmung.

Herzlichen Dank!

Mit solidarischen Grüßen

Björn Böhning, SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

Jan Mönikes, SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Ludwigsburg

NAME UND WAHLKREIS DER WEITEREN MITZEICHNENDEN KANDIDAT/INNEN